

## **Niederschrift**

### **Sitzung der Einwohnerversammlung**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 13.01.2016, 19:00 Uhr
<b>Raum, Ort:</b>	Aula am Schiffsthal, Am Schiffsthal, 24306 Plön
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:47 Uhr

---

#### **Anwesende:**

Bürgervorsteher Dirk Krüger -	- Bürgervorsteher -
Herr Jens Paustian -	- Bürgermeister -
Herr Frank Neufeind -	- Verwaltung -
Herr Ingo Bausdorf -	- Protokollführer -

#### **Tagesordnung**

##### **Öffentlicher Teil:**

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Flüchtlingssituation in Plön
- 3 Anregungen und Vorschläge
  - 3.1 Jazzfestival
  - 3.2 Schaffung von Wohnraum
  - 3.3 Ausbau Ulmenstraße / Steinbergweg
  - 3.4 Häufigkeit von Einwohnerversammlungen
  - 3.5 Städtepartnerschaft mit Ksour - Essef
  - 3.6 Planungen Seewiesen und Gerberhof

3.7 Kadettenfriedhof

4 Mitteilungen

## **Protokoll**

### **Öffentlicher Teil:**

---

#### **1. Eröffnung und Begrüßung**

Bürgermeister Krüger eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er verleiht seiner Freude über die gute Resonanz Ausdruck und wünscht allen einen interessanten, informativen Abend und einen regen Meinungsaustausch.

Der Bürgermeister weist sodann auf die für die Einwohnerversammlung geltenden Regularien nach der Gemeindeordnung sowie der Hauptsatzung der Stadt Plön hin. Gemäß § 6 der Gemeindeordnung für Schleswig – Holstein umfasst der Einwohnerbegriff alle Personen, die in der Stadt wohnen, unabhängig davon, ob mit Haupt- oder Nebenwohnsitz, als Ausländer oder Geschäftsunfähige, wie Kinder und Jugendliche. Allein maßgeblich ist der Wohnort Plön. Ausschließungsgründe nach § 22 Gemeindeordnung gelten für die Mitglieder der Ratsversammlung nicht, da es sich bei der Teilnahme an der Einwohnerversammlung nicht um eine ehrenamtliche Tätigkeit handelt. Allen kann heute das Wort erteilt werden. Mit 2/3 – Mehrheit der anwesenden Personen können Themen beschlossen werden, die dann von den zuständigen Organen der Stadt beraten werden müssen. Dies betrifft den Tagesordnungspunkt 3 – Anregungen und Vorschläge - . § 15 der Hauptsatzung der Stadt Plön sieht vor, dass aus der Einwohnerversammlung heraus die Tagesordnung ergänzt werden kann, wenn mindestens 50 Prozent des Auditoriums damit einverstanden sind. Für heute trafe das bei 89 Plöner Einwohnern mit 45 Stimmen zu.

Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden auf Nachfrage des Bürgermeisters nicht geäußert.

---

#### **2. Flüchtlingssituation in Plön**

Bürgermeister Krüger geht nunmehr auf das zentrale Thema des Abends ein. Die bewusst allgemein gehaltene Formulierung umfasst das gesamte Spektrum dieses Aufgabenkreises. Er empfindet es sinnvoll, wenn zunächst ein allgemeiner Überblick über die Situation in der Stadt Plön gegeben wird. Der Bürgermeister bittet hierzu Bürgermeister Paustian um entsprechende Erläuterungen zu einer von Frau Springer als zuständige Teamleiterin vorbereiteten Powerpoint – Präsentation.

Der Bürgermeister begrüßt sodann das Publikum. Er zeigt sich erfreut über die gute Frequentierung der heutigen Veranstaltung.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Für die Vorbereitung der „Begrüßungspakete“ für Flüchtlinge spricht Bürgermeister Paustian insbesondere Frau Hella Henniger seinen Dank aus.

Sein Lob findet ebenso das von Frau Hannelore Köpp betreute virtuelle Lager. Auf einer Website bieten Bürger zahlreiche Dinge von Haushaltsgegenständen über Kleidung bis hin zum Spielzeug an, die bei Bedarf entsprechend abgefordert werden können.

Der Bürgermeister betont abschließend, dass die Flüchtlingsproblematik und der damit verbundene Mehraufwand kein Spezifikum der Stadt Plön ist, sondern gleichermaßen alle Kommunen betrifft.

Bürgervorsteher Krüger bedankt sich bei Bürgermeister Paustian für seinen einführenden Vortrag. Er bittet die anwesenden Einwohner, zur Thematik Fragen zu stellen, Anregungen zu geben oder Meinungsbilder darzustellen.

Der Bürgervorsteher bittet weiterhin darum, Wortbeiträgen Namensnennungen vorzustellen. Der namentlichen Erwähnung im Protokoll kann auf Wunsch aus Datenschutzgründen widersprochen werden.

Herr Jörg Schröder, Breslauer Straße, vertritt die Ansicht, dass der Wohnraum in Plön derzeit sehr knapp ist. Dies betreffe vor allem bezahlbare Wohnungen für Arbeitslosengeld II – Empfänger und Bezieher von Grundsicherung. Er fragt nach, was die Stadt dagegen zu tun gedenkt, dass diese Personen aus Wohnungen, die vorgeblich zu teuer geworden sind, ausziehen müssen, weil die Obergrenzen der anererkennungsfähigen Mieten überschritten werden.

Bürgermeister Paustian sind derartige Fälle noch nicht bekannt geworden. Die Problemlage stellt sich jedoch landesweit, weil die Wohnkosten, gerade im Sektor der Privatvermietungen, steigen. Die Mietspiegel, soweit vorhanden, sind nicht mehr auf dem aktuellen Stand. Dies ist aber nicht Sache der Kommunen, da diese die Sätze nicht festlegen. Nachdem aus dem Auditorium Einwände laut werden, bietet der Bürgermeister an, aus Datenschutzgründen im Anschluss an die offizielle Veranstaltung entsprechende Informationen zu Einzelfällen aufzunehmen. Änderungen auf dem Gebiet der Sozialleistungen obliegen den Bundes- und Landesparlamenten, die hier initiativ werden müssten.

Herr Carsten Gampert, Lange Straße, gibt zu bedenken, dass für die Flüchtlinge nach dem Bericht des Bürgermeisters am Wochenende keine behördliche Betreuung gegeben ist. Er wünscht zu wissen, welche Möglichkeiten zu diesen Zeiten vorhanden sind.

Bürgermeister Paustian hebt hervor, dass sich dies auf die Gemeinschaftsunterkunft des Kreises bezieht. Im Übrigen handele es sich um Erwachsene und Familien, für die aus seiner Sicht an den Wochenenden keine Betreuung erforderlich ist. Sollten dennoch Probleme auftreten, so müssten die Flüchtlinge im Einzelfall darauf aufmerksam machen. Behördengänge und Arztbesuche fänden im Regelfall während der Arbeitswoche statt, was bisher auch weitgehend reibungslos funktioniert hat. Eine Rund – um – die – Uhr – Betreuung für alle Flüchtlinge ist nicht leistbar. Dies kommt lediglich Jugendlichen zugute, für die eine Amtsvormundschaft des Kreises besteht.

Herr Bernd Möller, Düvelsbrook, zeigt sich betroffen von den im Vortrag des Bürgermeisters genannten Zahlen der für Plön quotierten Flüchtlinge und Asylbewerber. Er ging bisher davon aus, dass diese in den frei stehenden Bestandswohnungen unter-

gebracht werden könnten. Bei 211 in 2016 unterzubringenden Personen bestehen jedoch erhebliche Zweifel daran, dass für diese noch hinreichende Kapazitäten vorhanden sind. Er stellt die Frage in den Raum, welche Lösungen dann zum Tragen kommen können. Die Neuerrichtung von Wohnraum beansprucht zu viel Zeit. Er hält für diesen Fall andere Konzepte für erforderlich und erkundigt sich bei der Verwaltung, ob auch schon Überlegungen zu einem „Containerdorf“ angestellt worden seien.

Bürgermeister Paustian räumt ein, dass in der Sache bereits ein Vorgespräch geführt worden ist. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Problematik auseinandersetzen müssen. Allerdings können von niemandem konkrete Zahlen genannt werden, wie viele Flüchtlinge der Stadt noch zugewiesen werden. Dies steht in Abhängigkeit davon, wie groß der Zustrom insgesamt sein wird, der dann nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel weiter zu verteilen ist. Über Containerlösungen ist grundsätzlich nachzudenken, um im Notfall kurzfristig Wohnraum bereit stellen zu können. Die Alternative, Turn- und Sporthallen zweckzuentfremden mit den unausbleiblichen belastenden Folgen für Schulen und Vereine, könne allgemein nicht gewollt sein. Es müssten noch einige anderen Optionen abgeprüft werden. Der Bürgermeister appelliert erneut, zur Verfügung stehenden Wohnraum der Verwaltung zu melden. Daneben plädiert Bürgermeister Paustian für eine nachhaltige Lösung, die nach einer Entspannung der Lage auch anderen Zwecken zugeführt werden kann. Diese ist der Beschaffung von Wohncontainern vorzuziehen, die ebenfalls erhebliche Investitionen erforderte, für die aber später keine Verwendung mehr bestünde. Der Bürgermeister zitiert das Kieker Modell, das Wohnungsbau vorsieht, für den durch modulare Gestaltung Varianten für eine unterschiedliche Nachnutzung bestehen. Obligatorisch ist seit Längerem das Anmieten von Wohnungen auf Vorrat, damit bei Bedarf schnell reagiert werden kann. Er bekräftigt, dass die Stadt Plön gegenüber den Vermietern als Mieterin auftritt, also in jedem Fall Vertragspartnerin ist.

Frau Sabine Kauf, Lütjenburger Straße, erfragt die Kapazität des Gebäudekomplexes Lütjenburger Straße 23, den die Stadt von der Wankendorfer Baugenossenschaft angemietet hat.

Bürgermeister Paustian beziffert das Aufnahmevermögen mit ungefähr 60 Personen.

Herr Klaus Plambeck, Rodomstorstraße, bezieht sich auf die zuvor von Herrn Gampert geäußerte Frage nach Ansprechpartnern für Flüchtlinge und Asylbewerber insbesondere an den Wochenenden. Diese werden sehr wohl von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern auch zu diesen Zeiten intensiv betreut. So werden beispielsweise für die Bewohner der Kreiseinrichtung in der Rautenbergstraße Freizeitaktivitäten angeboten. Zu Schwierigkeiten kommt es jedoch dann, wenn am Wochenende ärztliche Hilfe benötigt wird. Zum einen können keine Krankenscheine ausgestellt werden, zum anderen fehlt es dann auch an ärztlicher Versorgung vor Ort, so dass zumeist Krankenhäuser in Anspruch genommen werden müssen.

Herr Plambeck bittet darum, dass sich möglichst weitere Einwohnerinnen und Einwohner an der Betreuung des in Rede stehenden Personenkreises beteiligen. Das Engagement verdiene eine angemessene Würdigung.

Herr Axel Schümann, Scharweg, weist darauf hin, dass im Internet – Forum Plön - Book eine aus seiner Warte unschöne Diskussion über das Thema Kriminalität geführt wird. Er persönlich hat in dieser Beziehung bisher keine negativen Eindrücke aufgenommen. Herr Schümann bittet um Auskunft darüber, wie es sich in dieser Hinsicht im Bereich der Stadt Plön verhält.

Auf Bitten des Bürgermeisters nimmt Herr Voss, stellvertretender Leiter des Polizeireviere Plön, zu diesem Punkt Stellung. Bestimmte Darstellungen, die in sozialen Netzwerken kursieren, bezeichnet er in Bezug auf die Stadt Plön als haltlos. Nach den geführten Aufzeichnungen lassen sich allenfalls geringfügige Delikte feststellen, die der Kleinstkriminalität unterfallen, es also insofern keinen Anlass zu gesteigerter Besorgnis gibt.

Bürgervorsteher Krüger empfiehlt in diesem Zusammenhang, die über Facebook kolportierten Äußerungen eher distanziert zu betrachten.

Herr Schröder flicht ein, dass die Administratoren des Plön – Books bemüht sind, ein Ausarten der Diskussionen auf dieser Plattform zu vermeiden.

Eine seit 32 Jahren in Plön lebende Dame (Namensnennung aus Datenschutzgründen nicht gewünscht) macht darauf aufmerksam, dass in Plön noch freier Wohnraum vorhanden wäre, dieser jedoch zu teuer sei. So stünden z. B. in der Danziger und Schillener Straße viele Wohnungen leer. Sie äußert sich erfreut darüber, dass z. B. ein Appartementsbesitzer in der Ölmühlenallee eine Wohnung für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt hat. In der Nachbarschaft rief dies ein weit überwiegend positives Echo und die Bereitschaft zur Unterstützung der Flüchtlinge hervor.

Sie begrüßt die Aussage des Polizeivertreters, die bestätige, dass in Plön keine Steigerung der Kriminalitätsrate zu verzeichnen ist. Im Gegensatz dazu stehen allerdings negative Äußerungen, die häufig aus der Mitte der Bevölkerung zu vernehmen sind.

Bürgervorsteher Krüger resümiert, dass dieser Beitrag die im Wesentlichen unproblematische Situation in Plön treffend beschreibt. Bedeutende Schwierigkeiten bereitet in steigendem Maß die Beschaffung von geeignetem Wohnraum. Dies umso mehr, als dass über die weitere Entwicklung völlige Unklarheit besteht. Er wiederholt den Aufruf, frei stehende Räumlichkeit der Stadt mitzuteilen. Auch werden Überlegungen angestellt, im Zuge der interkommunalen Zusammenarbeit nach Wegen zu suchen, innerhalb der gesetzlichen Vorgaben gemeinsame Projekte anzugehen. Es müsse ein regionales Denken einsetzen, da die Problematik gleichermaßen die Plöner Umlandgemeinden betrifft.

Herr Heiner Schmidt, Eutiner Straße, stellt die Frage, ob nicht die Situation die Chancen dafür bietet, die Bevölkerungszahl perspektivisch dauerhaft zu erhöhen, um etwaigen negativen Konsequenzen bei einem weiteren Absinken entgegenzutreten.

Bürgervorsteher Krüger interpretiert die Fragestellung dahingehend, dass die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden weiter forciert werden sollte. Wenn die Flüchtlingsproblematik einen Anlass hierzu gibt, kann dies nur willkommen sein. Die Verwaltungsgemeinschaft mit Ascheberg und Bösdorf dürfe nicht als Endpunkt einer Entwicklung angesehen werden.

Herr Beha, Harmshorn, fasst zusammen, dass heute Abend sehr viel Positives zum Thema Flüchtlinge in Plön zu vernehmen war. Er bezieht sich sodann auf einen Artikel in Spiegel online vom Vortag, in dem ausgeführt wird, dass allen Flüchtlingen von ihren Gemeindeverwaltungen ein Schreiben in ihrer jeweiligen Landessprache darüber zugehen sollte, was ihnen in Deutschland im Einzelnen Vorteilhaftes geschieht. Andererseits sollten auch die den Flüchtlingen entgegengebrachten Erwartungen deutlich gemacht werden, so zum Beispiel, dass die kostenlose Unterkunft selbstständig in Ordnung gehalten wird. In dem Spiegel Bericht wird jedoch als Hauptpunkt die Aufnahme einer Beschäftigung genannt. Zu diesem Zweck sollten von den Kom-

munen Gelegenheiten geschaffen werden, ohne Entgelt gewisse Tätigkeiten ausüben zu können. Diese könnten beispielsweise in einer Unterstützung der Bauhofmitarbeiter bestehen, was allen Beteiligten zugutekäme.

Bürgermeister Krüger sieht durchaus die Vorteile in einer sinnvollen Beschäftigung für Flüchtlinge. Dabei ist natürlich zu beachten, ob und inwieweit die rechtlichen und sozialversicherungstechnischen Voraussetzungen hierfür vorhanden sind. Auch seitens des betreffenden Personenkreises, so der Bürgermeister, ist eine überwiegende Bereitschaft zur Mitwirkung vorstellbar.

Bürgermeister Paustian begrüßt grundsätzlich die Idee des Spiegel - Journalisten. Er verweist auf die bisher einmalige Aktion der Initiative Schönes Plön, an der auch Flüchtlinge aus der Gemeinschaftsunterkunft des Kreises teilnahmen. Eine Verpflichtung zu gemeinnützigen Arbeiten ist gesetzlich nicht statthaft und wird vom Bürgermeister darüber hinaus als untunlich angesehen. Auf freiwilliger Basis erscheint es für ihn dagegen vertretbar, das Interesse daran abzufragen.

Herr Beha wünscht sich von der Verwaltung etwas mehr Entschlossenheit, in diese Richtung weiter zu denken und die entsprechenden Anregungen umzusetzen.

Bürgermeister Paustian berichtet von Gesetzesentwürfen, die zum Gegenstand haben, Flüchtlinge schneller als bisher in Beschäftigungsverhältnisse bringen oder Berufspraktika zu ermöglichen.

Bürgermeister Krüger zitiert angelegentlich ein Beispiel aus der Partnerstadt Plau: Dort sind zwei ausgebildete Mediziner als Praktikanten in einer Klinik tätig. Derartige Maßnahmen wirken sich einerseits integrations- und sprachfördernd für die Flüchtlinge und andererseits entlastend für das Krankenhauspersonal aus. Dies trifft sicherlich in ähnlicher Form für Angehörige anderer Berufszweige zu.

Der Bürgermeister bedankt sich bei Herrn Beha für die Anregung, die in jedem Fall auf ihre Machbarkeit hin geprüft werden wird.

Frau Sabine Kauf hält es für erforderlich, Flüchtlinge nach ihrer Qualifikation einzusetzen oder ihnen Ausbildungen zu ermöglichen; es dürfe hingegen nicht darauf hinauslaufen, dass eine Beschäftigung mit Hilfsarbeiten überwiegt. Bei freiwilliger Bereitschaft stünde dem allerdings nichts entgegen.

Für Bürgermeister Krüger haben sich die Vorschläge auch nicht auf eine zwangsweise Heranziehung zu bestimmten Tätigkeiten bezogen; er bittet deshalb darum, hier keine Missverständnisse aufkommen zu lassen. Das Hauptaugenmerk liegt auf dem Eigeninteresse der Flüchtlinge, sich in die örtliche Gemeinschaft einbringen zu wollen.

Bürgermeister Paustian sieht die eigentliche Ursache für die schleppende Bearbeitung der Asylanträge darin, dass diese in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu stellen sind, die Anhörung vor dem zuständigen Bundesamt derzeit erst nach ungefähr einem halben Jahr erfolgt. Während dessen dürfen die Flüchtlinge keine Arbeit aufnehmen. Nach der Anerkennung als Asylant steht dem dann nichts mehr entgegen. Derzeit ist mit einer Verkürzung der Bearbeitungsdauer leider nicht zu rechnen.

Herr Thorsten Pfau, Parkstraße, merkt an, dass in der letzten Zeit sehr viel von unseren Werten und davon, dass sich jeder an die Gesetze zu halten habe, die Rede gewesen ist. Diese Grundsätze gelten jedoch gleichermaßen für alle. Wenn aber unter Hinweis auf die Flüchtlingsproblematik das eine oder andere etwas großzügiger gehandhabt werden soll, so empfindet Herr Pfau dies als ausgesprochen gefährlich.

Dieser Weg sollte nicht beschritten werden. Viele der Flüchtlinge wissen sehr genau, was ihnen hier gewährleistet und geboten wird und was diese Gesellschaft für sie tut. Vielfach besteht die Bereitschaft, hier etwas zurück zu geben. Er rechnet damit, dass bei der Schaffung von freiwilligen Arbeitsangeboten für Flüchtlinge die Nachfrage das Angebot übersteigen wird. Herr Pfau glaubt nicht, dass eine Art Arbeitsdienst für Flüchtlinge eingeführt werden sollte. Es müsse dann auch die Frage erlaubt sein, was mit denjenigen zu geschehen hat, die dem Aufruf nicht folgen. Er sieht die Diskussion insoweit als bedenklich an. Es sollte nichts unternommen werden, was das friedliche Zusammenleben in irgendeiner Weise beeinträchtigen könnte.

Frau Kirsten Hinrichsen, Schlossberg, kritisiert die systematische Herangehensweise an das Thema des heutigen Abends. Sie zitiert das Prinzip des Ausgleichs zwischen Geben und Nehmen. Niemandem täte es gut, nur zu geben und niemand nimmt stets nur gerne. Dies müsse sich im Gleichgewicht halten. Sie würde es befürworten, wenn ein Weg außerhalb der offiziellen Systeme gefunden werden könnte, den Flüchtlingen nahe zu bringen, den Blick auf das Stadtbild zu richten und Aufgaben zu erkennen, um diese in Abstimmung mit der Verwaltung anzugehen.

Bürgermeister Krüger versteht den Beitrag Frau Hinrichsens als einen gleichermaßen an alle gerichteten Appell, der zum Nachdenken anregen sollte.

Frau Gabriele Killig, Klanderstraße, bittet um Auskunft über die Anzahl der in Plön lebenden Flüchtlingskinder und deren Aufgliederung nach Kindergartenalter und Schulpflichtigkeit sowie darüber, ob die Versorgung mit den notwendigen Plätzen sichergestellt ist.

Bürgermeister Paustian bedauert, die Zahlen in dieser Form heute nicht vorliegen zu haben. Die Verwaltung wird aber eine diesbezügliche Aufbereitung durchführen und die Daten nachliefern.

Herr Heinz Kopplin, Steinberg, erkundigt sich nach Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für die Herrichtung von potenziellem Wohnraum zur Überlassung an Flüchtlings- und Asylantenfamilien. Des Weiteren wäre es für ihn von Interesse, die voraussichtliche Dauer eines Mietverhältnisses in Erfahrung zu bringen.

Bürgermeister Paustian erklärt hierzu, dass die Stadt Plön keinen Einfluss darauf nehmen kann, ob Familien oder Einzelpersonen zugewiesen werden. Dies ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Als mögliche Dauer von Mietverhältnissen nennt der Bürgermeister anhand des Beispiels Wankendorfer – Wohnblock eine Dauer von fünf Jahren. Die getätigten Investitionen müssten sich zumindest amortisieren.

Für die Finanzierung kommen zinsvergünstigte oder für einen gewissen Zeitraum zinsfreie Kredite in Betracht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass natürlich Mieteinnahmen generiert werden, die zur Abdeckung des Schuldendienstes eingesetzt werden können. Bei privaten Investoren steht die Sicherheit in Form von unbefristeten oder längerzeitigen Mietverträgen im Vordergrund.

Sollte die Kommune selbst als Bauherr auftreten, ist eine Lockerung der Genehmigungskriterien für Darlehensaufnahmen durch die Kommunalaufsichtsbehörde sehr wahrscheinlich.

In jedem Fall gibt es unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten für die Herstellung von zusätzlichem Wohnraum. Mittel von Bund und Land werden allerdings nur dann gezahlt, wenn die Wohnungen auch tatsächlich von Flüchtlingen und Asylbewerbern genutzt werden. Leer stehender, auf Vorrat angemieteter Wohnraum fällt in das Risiko der Gemeinde.

Herr Klaus Plambeck berichtet von einem Fall, in dem ein Energieversorger von ei-

nem Flüchtling, der allein eine 40 m<sup>2</sup> - Wohnung bewohnte, eine weitaus höhere Vorauszahlung als allgemein üblich forderte mit der Begründung, dass nach der Abrechnung Zahlungsrückstände vermieden werden sollen. Herr Plambeck hält ein derartiges Vorgehen für sittenwidrig. Er bittet darum, bei den Versorgungsbetrieben, unter anderem auch bei den Stadtwerken Plön nachzufragen, ob dies tatsächlich so praktiziert wird.

Bürgermeister Paustian sind vergleichbare Fälle bislang nicht bekannt geworden. Er sichert zu, sollte dies tatsächlich gängige Praxis sein, dem im Einzelnen nachzugehen.

Frau Springer als zuständige Teamleiterin im Rathaus erläutert hierzu, dass die Wohnungen bis auf die Anfangsphase in 2014 von der Stadt Plön angemietet werden. Es ist nicht auszuschließen, dass der genannte Fall aus dieser Zeit herrührt, als die Flüchtlinge Wohnungen selbst mieteten und auch als Stromkunde auftraten. Mittlerweile ist die Stadt Rechnungsadressat für die Energielieferanten. Der angesprochene Fall werde eingehend geprüft. Die Flüchtlinge zahlen eine Pauschale an die Stadt, über die die Stromkosten gedeckt werden.

Herr Brillert, Sachbearbeiter für die Wohnungsbewirtschaftung, ergänzt, dass die Energiekosten in den Leistungen für Asylbewerber enthalten sind. Ihm ist kein Versorgungsbetrieb bekannt, der überhöhte Vorauszahlungen verlangt. Die Wohnungen werden von der Stadt komplett mit den Nebenkosten angemietet. Die voraussichtlich entstehenden Kosten können dabei nur geschätzt werden. Auch bei mehreren in einer Wohnung lebenden Personen hat jede von ihnen die anteiligen Nebenkosten selbst zu tragen. Es erfolgen Einbehaltungen auf Sonderkonten, die von der Stadt gesammelt an die Energielieferanten ausgekehrt werden. Eventuelle Überzahlungen erhalten die Nutzer nach erfolgter Abrechnung erstattet. Damit soll vermieden werden, dass es zu Zahlungsrückständen oder gar Stromsperren kommt. Kein Vermieter muss befürchten, dass er Verluste erleidet, da die Stadt als Vertragspartnerin fungiert und damit den Bestimmungen des Mietrechts unterliegt. Die einzelnen Verträge werden als Dauermietverhältnisse auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

Herr Pfau versichert in seiner Funktion als Verwaltungsratsmitglied der Stadtwerke Plön, dass es keine sittenwidrigen Vereinbarungen mit diesem Versorger geben wird.

Nachdem zu dem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bedankt sich Bürgervorsteher Krüger im Namen der Selbstverwaltung und der hauptamtlichen Verwaltung für die rege Beteiligung. Sein herzlicher Dank gilt ebenfalls den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, ohne die eine Bewältigung des Flüchtlingszustroms in der praktizierten Form nicht vorstellbar wäre, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rathauses, die teilweise bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht wurden und werden. Oftmals sind sehr kurzfristig Probleme zu lösen, wobei die Bedingungen zunehmend schwieriger werden. Er äußert sich zuversichtlich, dass die gemeinsame Aufgabe auch in Zukunft gemeistert werden kann.

### **3. Anregungen und Vorschläge**

Bürgervorsteher Krüger bittet die Anwesenden nunmehr um Anregungen und Vorschläge zu allen die Stadt Plön betreffenden Themen. Einer Auswahl sind dabei keine weiteren Grenzen gesetzt..

---

#### **3.1. Jazzfestival**

Frau Hella Henniger, Lange Straße, hat vom musikalischen Leiter des alljährlichen Plöner Jazzfestivals erfahren, dass die beliebte Veranstaltung in diesem Jahr zum letzten Mal stattfinden soll und dass die Gesellschaft zur Förderung des traditionellen Jazz vor ihrer Auflösung steht.

Bürgermeister Paustian stellt zunächst fest, dass es sich um eine Vereinsangelegenheit handelt, nicht um eine von der Stadt Plön ausgerichtete Veranstaltung. Die Stadt befindet sich jedoch noch im laufenden Gespräch mit dem Jazzverein. Aus diesem Grund ist der Bürgermeister zurzeit nicht in der Lage, abschließende Informationen weiter zu geben. Er bitte deshalb um Verständnis, betont dabei zugleich die Bedeutung des Festivals, das Jahr um Jahr viele Interessierte aus dem ganzen Bundesgebiet anzieht. Bekanntermaßen sind die Beherbergungsbetriebe während der Konzertreihe in der Vergangenheit immer gut frequentiert worden. Viele Besucher nutzten die Jazztage für einen Kurzurlaub.

Der Bürgermeister hofft auf ein positives Ergebnis der Gespräche mit dem Vereinsvorstand.

---

#### **3.2. Schaffung von Wohnraum**

Herr Jörg Schröder berichtet im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 2 von einem ihm bekannten Projekt zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge. Diese bauen ihre Wohnungen unter Beteiligung und Anleitung örtlicher Handwerksbetriebe praktisch in Eigenleistung. Er hält die Idee für beispielhaft, da die dringend notwendige Herstellung von Wohnraum und der Beschäftigungsgedanke in nahezu idealer Weise miteinander verbunden werden. Herr Schröder bittet darum zu prüfen, ob diese Idee auch in Plön umgesetzt werden könnte.

---

#### **3.3. Ausbau Ulmenstraße / Steinbergweg**

Herr Hennerk Laatz, Danziger Straße, erbittet Auskünfte zum geplanten Ausbau der Ulmenstraße und des Steinbergwegs, insbesondere hinsichtlich des Umfangs der Maßnahme und der Kostenbeteiligung der Anlieger.

Bürgermeister Paustian führt hierzu aus, dass sich das Vorhaben derzeit noch in der Planungsphase befindet. Da sich der Steinbergweg in einem schlechteren Zustand als die Ulmenstraße befindet, soll dieser Teil der Gesamtmaßnahme vorgezogen

werden. Für Straßenausbauten werden von den anliegenden Grundstückseigentümern aufgrund einer Ortssatzung Beiträge erhoben. Die Beträge sind zum größten Teil im Einzelnen anhand der Bau- und Planungskosten auf die Eigentümer umzulegen. Der Bürgermeister verweist auf die im Bürgerinformationssystem bekannt gegebenen Sitzungstermine und Tagesordnungen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt, der für das Vorhaben zuständig ist. Die Verwaltungsvorlagen können ebenfalls im Internet eingesehen werden. Darüber hinaus ist es möglich, an den öffentlichen Sitzungen des Fachhausschusses teilzunehmen und in den regelmäßigen Einwohnerfragestunden gezielt Fragen zu stellen.

Vor Maßnahmenbeginn wird eine gesonderte Informationsveranstaltung für die betroffenen Anlieger durchgeführt.

---

### **3.4. Häufigkeit von Einwohnerversammlungen**

Herr Klaus Beha stellt den Antrag, mindestens einmal im Jahr eine Einwohnerversammlung abzuhalten.

Bürgervorsteher Krüger erinnert an eine, bis vor wenigen Jahren gültige Vorschrift der Gemeindeordnung, nach der alljährlich eine Einwohnerversammlung verpflichtend vorgesehen war. Diese Bestimmung ist jedoch mittlerweile aufgehoben worden, so dass eine Terminierung nach Bedarf oder nach Beschluss der Ratsversammlung erfolgt. Wenn der Wunsch besteht, bittet der Bürgervorsteher darum, diesen an ihn heran zu tragen. Die Terminfestlegung ist dabei an keine bestimmte Voraussetzung gebunden. In der Hauptsatzung ist nach wie vor eine einmal jährliche Versammlung vorgesehen. Es ist beabsichtigt, diese an das übergeordnete Landesrecht anzugleichen. Ob nun die Selbstbindung notwendig ist oder ob die Einberufung von besonderen Schwerpunktthemen abhängig gemacht wird, sollte abgewogen werden. Es spricht nichts dagegen, auch in diesem Jahr eine weitere Einwohnerversammlung durchzuführen, wenn es sich als zweckdienlich erweist.

Der Bürgervorsteher wird das Anliegen in die Selbstverwaltungsgremien hinein tragen, die hierüber noch einmal beraten können.

Herr Klaus Plambeck spricht sich ebenfalls dafür aus, eine jährliche Einwohnerversammlung fest vorzusehen. Nach seiner Auffassung gibt es immer Themen, die in der Gesamteinwohnerschaft zu diskutieren sind. Von daher bittet Herr Plambeck eindringlich darum, die jetzige Regelung in der Hauptsatzung beizubehalten.

Bürgervorsteher Krüger weist darauf hin, dass prinzipiell alle Sitzungen der Ratsversammlung und ihrer Ausschüsse öffentlich sind. Es gibt lediglich einige Tagesordnungspunkte, die aus bestimmten rechtlichen Gründen nicht öffentlich behandelt werden müssen. Er lädt allgemein zur Teilnahme an den öffentlichen Sitzungen der Ratsversammlung und der Ausschüsse ein. In jeder Sitzung besteht innerhalb der Einwohnerfragestunde die Gelegenheit dazu, sich individuell zu informieren.

Der Bürgervorsteher billigt zu, dass er das vorgetragene Anliegen insofern wertet, als dass außerhalb der regulären Tagesordnungen durchaus Themen von allgemeiner Bedeutung bestehen können, für die sich eine Einwohnerversammlung als Forum besser eignet. Er bringt jedoch seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass von dem Angebot, den öffentlichen Gremiensitzungen beizuwohnen, zumeist nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht wird.

Hier wünscht sich Bürgervorsteher Krüger mehr Interesse, das meist nur dann vor-

handen ist, wenn persönliche Dinge durch Beschlüsse tangiert werden.

Herr Plambeck wirft hierzu ein, dass in der Ratsversammlung und deren Ausschüssen zwar Fragen gestellt werden können, eine Diskussion im Sinne des Austausches unterschiedlicher Standpunkte oder der Einbringung von Vorschlägen nur anlässlich von Einwohnerversammlungen ermöglicht ist. Er bittet dabei, dies nicht als Kritik zu verstehen.

Bürgermeister Krüger sagt zu, diese Anregung aufzunehmen.

---

### **3.5. Städtepartnerschaft mit Ksour - Essef**

Frau Jürina Groeneveld, Heidbleken, erbittet Auskunft über den Stand der Städtepartnerschaft Plön – Ksour – Essef.

Bürgermeister Paustian verweist auf den Demokratisierungsprozess in Tunesien, der seit einiger Zeit wieder voranschreitet. Zunächst fand die Präsidentschaftswahl statt. Die Kommunalparlamente sind bisher noch nicht vom Volk legitimiert. Es ist derzeit noch kein Bürgermeister oder Ansprechpartner mit einem Mandat versehen, so dass ein offizieller Kontakt bisher nicht zustande kommen konnte. Vor etwa einem Jahr besuchte der tunesische Botschafter aus Berlin die Stadt Plön, um die Möglichkeiten für ein Wiederaufleben der Partnerschaft zu eruieren. Seither haben sich noch keine neuen Erkenntnisse ergeben.

---

### **3.6. Planungen Seewiesen und Gerberhof**

Herr Manfred Groeneveld, Heidbleken, erkundigt sich nach dem Fortgang der beiden großen Bauprojekte Seewiesen und Gerberhof.

Bürgermeister Krüger beschreibt den derzeitigen Stand der der Planung für den Bereich zwischen Gänsemarkt, Lübecker Straße und Am Schwanensee. Ein Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss ist in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres gefasst worden. Im Verlauf der Auslegung hat es einige Stellungnahmen gegeben, die in den Bebauungsplan einzuarbeiten sind. Danach ist der B – Plan erneut auszuliegen. Bis Mitte des Jahres 2016, so das Ziel, soll die Bebauungsplansatzung in Kraft getreten sein. Damit werden die Voraussetzungen für einen Baubeginn geschaffen sein.

Das gemeinsame Seewiesenprojekt mit der Gemeinde Rathjensdorf hat sich bekanntermaßen von seiner ursprünglichen Ausrichtung entfernt, so dass eine Umbenennung erfolgen soll. Das Bestehen des Zweckverbandes jährt sich mittlerweile zum zehnten Mal. Dabei ist zu berücksichtigen, dass von vornherein eine längere Zeitschiene anvisiert worden war, wenngleich diese anfänglich nicht ein ganzes Jahrzehnt betragen sollte. Richtig ist allerdings, dass zunächst einer Auslastung des Baugebiets Stadtheide Priorität eingeräumt worden ist.

Aus damaliger Sicht sollte das Vorhaben heute zumindest teilweise realisiert worden

sein. Bedauerlicher Weise fanden die Seewiesen nicht die ungeteilte Zustimmung der Planungsbehörden von Land und Kreis. Der Bürgervorsteher bittet Herrn Bernd Möller als Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt um Erläuterung näherer Details.

Herr Möller gesteht zu, dass die Meinungsbildung zum Festhalten an dem Projekt in der jetzigen abgewandelten Form innerhalb der Ratsversammlung zu gleichen Teilen gespalten ist. Etwa die Hälfte der Ratsmitglieder vertritt die Ansicht, dass man sich von dem Vorhaben verabschieden sollte, weil es sich zu weit von der seinerzeitigen Intention entfernt hat und die Notwendigkeit angesichts z. B. von innerstädtischen Verdichtungspotenzialen heute nicht mehr gesehen wird. Hinzu kommt die ablehnende Haltung der Landes- und Kreisbehörden. Ihn verwundert es zudem, dass die Bürgerschaft zu Beginn der Planungen noch sehr vehement pro und contra mitdiskutiert hat. Diese Stimmung hat sich gewandelt. Heute ist kaum noch eine Resonanz in der Bevölkerung wahrzunehmen. Deshalb wäre es für die Vertreter des Planungsverbandes schon wichtig zu wissen, wie die Plöner Einwohner zu einer Bebauung des Planungsgebietes stehen.

Fakt ist, dass das Projekt in der reduzierten Variante fortgeführt wird, woraus für die Stadt Plön die Verpflichtung zur Aufstellung eines Flächennutzungsplans resultiert, was natürlich ebenso für die Gemeinde Rathjensdorf gilt. Dies stellt bereits die erste Hürde dar, da Land und Kreis hierzu ihre Zustimmung erteilen müssen. Sollte dies der Fall sein, so wäre in einem nächsten Schritt die Bebauungsplanung Aufgabe des Planungsverbandes. Um das Verfahren zu beschleunigen, wird der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Flächennutzungsplanung zügig voranbringen, insbesondere deshalb, um in absehbarer Zeit Klarheit darüber zu erlangen, ob das Vorhaben letztlich umgesetzt werden kann oder nicht.

Herr Ingo Buth, Knivsbergring, ergänzt, dass der Planungsverband Entscheidungshoheit über die Bebauungsplanung besitzt und die Ratsversammlung vorbereitend über die Flächennutzungsplanung beschließt, wobei er darin eine Gewissensentscheidung eines jedes einzelnen Ratsmitgliedes sieht. Tatsache ist, dass Landes- und Kreisplanung eine Begründung für dieses Baugebiet einfordern. Hierfür wäre jedoch ein nicht geringes Maß an Kreativität erforderlich. Nach seiner persönlichen Einschätzung wird es nicht möglich sein, eine plausible Argumentation für dieses Projekt vorzulegen. Für ihn ist deshalb das Thema abgeschlossen. Er rät dazu, keine weitere Zeit mehr hierfür zu verschwenden.

Bürgervorsteher Krüger fasst zusammen, dass die Angelegenheit nach der Beschlussfassung der Ratsversammlung im Planungsverband zu verbleiben, wieder etwas an Fahrt aufgenommen hat. Eine endlose Geschichte soll damit aber nicht geschrieben werden; angesichts der heute Abend behandelten Wohnraumknappheit erscheint das Ganze möglicher Weise in einem etwas anderen Licht, was eine Neubewertung sinnvoll erscheinen ließe.

---

### **3.7. Kadettenfriedhof**

Frau Jürina Groeneveld beklagt den derzeitigen Zustand des Kadettenfriedhofs, der sich nach ihrer Meinung in den letzten Jahren zum Negativen verändert hat. Für sie handelt es sich bei dieser Stätte nicht um einen normalen Friedhof, sondern um eine

Art von Denkmal. Insbesondere vermisst Frau Groeneveld ausreichende Informationen über die erfolgte Umgestaltung.

Bürgermeister Paustian legt klar, dass es sich nicht um eine städtische Liegenschaft handelt, sondern um Eigentum des Landes Schleswig – Holstein, das demnach Ansprechpartner ist.

Frau Groeneveld bemängelt weiter, dass die Stadt Plön trotzdem aufgrund der historischen Bedeutung nicht in die Umgestaltung einbezogen worden ist.

Frau Kirsten Hinrichsen kennt den Friedhof als Spaziergängerin. Für sie ist nicht der Eindruck entstanden, dass sich dort in den vergangenen zwei Jahren etwas verändert haben soll.

Herr Stefan Thomsen, Seestraße, gibt seinen Eindruck als Mitglied der Initiative Schönes Plön wieder. Seit einigen Jahren hat man sich über die unter Denkmalschutz stehende Anlage Gedanken gemacht. Er bezeichnet den damaligen Zustand als überwiegend ungepflegt und teilweise desolat. Sowohl der Verein Prinzenhaus Plön als auch die Initiative Schönes Plön haben unter Einbezug der Familien von dort beigesetzten Personen an der Neugestaltung mitgewirkt. Nunmehr ergäbe sich ein würdigeres Bild. In der Presse ist seither im Zusammenhang mit den geführten historischen Rundgängen über Schlossgebiet und Prinzeninsel eine positive Resonanz zu vernehmen gewesen. Zwar sind einige Gräber eingeebnet worden, da sich die Nachkommen nicht mehr ermitteln ließen. Nach seiner Kenntnis ist die Aufarbeitung jedoch in einem angemessenen Rahmen erfolgt.

Frau Groeneveld legt Wert auf die Feststellung, dass sie den Friedhof keineswegs als verwahrlost bezeichnet hat; vielmehr seien zahlreiche Grabmale entfernt worden, so dass der ursprüngliche Charakter stark verändert worden ist. Für sie wäre ein öffentlicher Aufruf zu einer Bürgerbeteiligung, ähnlich wie für die Gedenkstätte an der Bieberhöhe, das geeignetere Mittel gewesen.

Herr Achim Kuhnt, Spitzenort, fügt an, dass der Friedhof sich zwar im Landeseigentum befindet, Verwalter aber die Kirchengemeinde Plön ist. Die Friedhofsverwaltung wäre deshalb auch der richtige Ansprechpartner, nicht aber die Initiative Schönes Plön. Nach seinem Dafürhalten war die vormalige intensive Eingrünung der Anlage angemessener als der jetzige Zustand, den er als kahl bezeichnet. Vor einiger Zeit wurde anlässlich einer internen Veranstaltung von einem Landschaftsarchitekten eine neue Planung vorgestellt. Es sollte zunächst die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Herr Klaus Beha zeigt sich darüber verwundert, dass die Stadt Plön an den laufenden Planungen über die zukünftige Gestaltung nicht beteiligt wird. Seines Wissens finden seit einiger Zeit diesbezüglich Abstimmungsgespräche ohne die Stadt statt.

Frau Kricheldorf, Bauamtsleiterin der Stadt Plön, verdeutlicht, dass sich der Kadettenfriedhof im Eigentum des Landes befindet und somit wie ein Privatgrundstück zu behandeln ist, wobei natürlich eine gewisse Außenwirkung besteht. Dies ist die rein rechtliche Betrachtungsweise. Somit ist eine Einbindung der Stadt Plön nicht zwingend geboten, wohl aber wünschenswert.

Bürgermeister Krüger nimmt es als Anregung auf, dass die Stadt mit dem Land Kontakt aufnimmt und darum bittet, zumindest über die vorgesehenen Veränderungen unterrichtet zu werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

---

#### **4. Mitteilungen**

Von Seiten des Bürgervorstehers und des Bürgermeisters liegen keine Mitteilungen vor. Bürgervorsteher Krüger gibt damit das Ende der Einwohnerversammlung bekannt.

Er bedankt sich beim Publikum für das zahlreiche Erscheinen und die lebhafte Beteiligung. Der Bürgervorsteher hofft, dass aus der heutigen Veranstaltung viele positive Informationen mitgenommen werden, besonders im Hinblick auf die Flüchtlingssituation in der Stadt Plön. Er äußert sich erfreut darüber, dass sich viele Einwohnerinnen und Einwohner persönlich einbringen und damit die Willkommenskultur wirklich gelebt wird verbunden mit der Hoffnung, die kommenden Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen.

Vorsitz

Protokollführung